

Grundwasser wird doch nicht gereinigt

ALTLASTEN Sanierung wird abgesagt, weil sie laut Stadtverwaltung zu teuer wäre und zu wenig Erfolg verspricht – Keine Gefahr für Menschen

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Eigentlich sollte mit der Sanierung der Altlast unter großen Teilen der Waldsiedlung schon im vorigen Jahr begonnen worden sein. Doch immer weitere Voruntersuchungen hatten den Beginn der Arbeiten verzögert.

Inzwischen ist die Stadtverwaltung, nachdem mehrere Fachbüros den Fall begutachtet haben, zu einer neuen Ansicht gekommen: Die Sanierung des verseuchten Grundwassers im Wohn- und anschließenden Waldgebiet soll bis auf weiteres unterbleiben. Denn der Erfolg sei mehr als ungewiss, der technische Aufwand ungeheuer groß, die Kosten nicht zu überblicken. Daher soll der Rat nun seinen Beschluss für eine Sanierung aus dem Jahr 2008 aufheben und es bei einer regelmäßigen Beobachtung des Gifts im Untergrund belassen.

Im Untergrund lauern bekanntlich Hinterlassenschaften der früheren Sprengstofffabrik Carbonit AG, die bis in die 1920er-Jahre hinein dort Sprengstoff produziert

und getestet hat. Nitroaromate, Schwermetalle, Säuren und Kohlenwasserstoffe blieben im Erdreich und im Grundwasser zurück.

Ende der 1990er-Jahre wurde der belastete Boden auf 53 Grundstücken bis zu einem Meter tief abgetragen, entsorgt und durch unbelastete Erde ersetzt. In weiten Teilen der Waldsiedlung wurde die Nutzung des Grundwassers untersagt, auch vom Anbau und Verzehr von Nutzpflanzen wurde abgeraten. Betroffen ist nach Angaben aus dem Jahr 2012 ein Gebiet, das sich über gut 600 Privatgrundstücke erstreckt. Eine Kernzone östlich der Ottweiler Straße gilt als ohnehin nicht sanierungsfähig.

Ein Projekt für Jahrzehnte

Nach längerer Untersuchung plante man schließlich eine aufwendige Reinigung des Grundwassers nach dessen Förderung mit ultraviolettem Licht. Danach sollte das Wasser wieder zurückgeführt werden. Drei Jahrzehnte könnte dies schon dauern, so lautete die Annahme vor zwei Jahren. Inzwischen heißt es: Besser gar nicht

erst anrühren. Das geplante Verfahren habe voraussichtlich bei weitem nicht den gewünschten Erfolg. Der Aufwand müsste vervielfacht werden, und damit vervielfachten sich auch die Kosten.

Unterm Strich kam die Verwaltung zu der Ansicht: „Die Fortführung ist nicht zumutbar, da der Aufwand nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum Nut-

zen steht, Risiken bleiben und zu viele Unwägbarkeiten bestehen.“

Der Aufwand entspreche einem Forschungsvorhaben. Die heute verfügbare Technik sei nicht für einen durchschlagenden Erfolg geeignet. Da sich andererseits das belastete Wasser in einer Tiefe von fünf bis sieben Metern befinde, seien Mensch und Tier nicht gefährdet. Das Nutzungsverbot für das Grundwasser müsse allerdings fortbestehen. Dessen Lage und Schadstoffkonzentration solle außerdem fortan alle fünf bis zehn Jahre überprüft werden, so Umwelt- und Sozialdezernent Markus Märten.

Er setzt auf einen technischen Fortschritt in den kommenden Jahren, der eine erfolgreiche Sanierung zu vertretbaren Kosten ermöglichen würde. In Brandenburg gebe es eine Reihe von früheren Standorten der Nationalen Volksarmee, die mit ähnlichen Verseuchungen durch sprengstofftypische Stoffverbindungen belastet seien. Womöglich finde man dort ein Verfahren, das auch für die Waldsiedlung praktikabel sei.

